



Analyse des Energiekonzeptentwurfs der Bundesregierung

Potentiale durch Atom und Kohle ausgebremst

Zusammenfassung

Die Bundesregierung hat den Entwurf für ihr Energiekonzept vorgestellt.¹ Dieses ist geprägt durch einen eklatanten Widerspruch: Die Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke wirkt als massive Investitionsbremse für Erneuerbare Energien, die Einnahmen durch abgeschriebene Atomkraftwerke als "Gelddruckmaschine" verstärken die Marktmacht der großen Energieversorgungsunternehmen (EVUs) weiter. Auf der anderen Seite hat die Bundesregierung in dem Entwurf des Energiekonzepts weitreichende Ziele für den Ausbau Erneuerbarer Energien, für Energieeffizienz und den notwendigen Ausbau der Netze sowie Instrumente angekündigt, die den Durchbruch auf dem Weg ins regenerative Zeitalter bringen sollen. Den Widerspruch versucht sie zu überbrücken, indem die Kernkraftwerksbetreiber in einem gewissen Ausmaß an der Finanzierung des Neuaufbruchs in Richtung Energieeffizienz und Erneuerbare Energien beteiligt werden sollen.

Die Zweifel daran, ob das gelingen kann, liegen zum einen in der finanziell deutlich gestärkten Rolle der traditionellen großen EVUs begründet. Es ist schwer zu sehen, wie es mit ihrer Interessenslage zu vereinbaren ist, dass massiv in Energieeffizienz (im Strombereich) und den Ausbau der Erneuerbaren Energien investiert wird, solange das ihre Ertragslage verschlechtert. Und das ist nach der Laufzeitverlängerung stärker denn je der Fall. Zudem gibt es Zweifel, ob und wie die angekündigten Maßnahmen umgesetzt werden. Schon macht der BDI-Chef Hans-Peter Keitel gegen die Vorgaben zur Gebäudesanierung und zur Stromeinsparung mobil: "Wir werden der Regierung in der nächsten Zeit darlegen, was machbar ist. Da wird im parlamentarischen Prozess sicher noch nachgearbeitet werden."² Die bisherige Erfahrung spricht nicht dafür, dass die beteiligten Ministerien und Fraktionen hier kohärent an einem Strang - hinein ins Erneuerbare Zeitalter - ziehen. Last but not least: Es bleibt unklar, ob das im Energiekonzept angekündigte Maßnahmenbündel, wenn es denn umgesetzt würde, ausreichen würde, die selbst gesetzten oder die notwendigen, zum Teil noch darüber hinausweisenden Ziele zu erreichen.

Tabelle 1: Ziele im Energiekonzept (alle Angaben in Prozent)

	2020	2030	2040	2050
Veränderung Treibhausgasemissionen gg. 1990	-40	-55	-70	-80
Anteil Erneuerbare Energien an Bruttoendenergie		30	45	60
Anteil Erneuerbare Energien am Bruttostromverbrauch	35	50	65	80
Veränderung Primärenergienutzung gg. 2008	-20			-50
Veränderung Stromverbrauch gg. 2008	-10			-25
Veränderung Endenergienutzung im Verkehrsbereich gg. 2005	-10			-40

¹ Neun Punkte für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung. Entwurf BMWi/BMU vom 7. September 2010. <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Service/publikationen,did=357316.html>

² Hans-Peter Keitel (Interview), "Mit Umweltminister Röttgen war nicht zu reden", SZ, 13.09.2010, S. 18, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/bdi-chef-keitel-mit-umweltminister-roettgen-war-nicht-zu-reden-1.998995>

Tabelle 1 zeigt eine Übersicht dieser Ziele. Als weitere Ziele werden festgelegt:

- Die Energieproduktivität soll pro Jahr um durchschnittlich 2,1% steigen.
- Die Sanierungsrate für Gebäude soll von derzeit jährlich weniger als 1% auf 2% des gesamten Gebäudebestands verdoppelt werden.

Als sehr ambitioniert sind die Ziele zu bewerten, bis 2050 die Primärenergienutzung um 50% und den Stromverbrauch um 25 % zu reduzieren. Ambitioniert sind auch die Ansagen, den Endenergiebedarf im Verkehrsbereich bis 2050 um 40 Prozent zu reduzieren und die Sanierungsrate für Gebäude zu verdoppeln. Die angekündigten Langfristziele für den Treibhausgasausstoß (-80%) reichen hingegen nicht aus, um mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einem globalen Kurs beizutragen, der den globalen Temperaturanstieg auf weniger als zwei Grad begrenzt. Der Treibhausgasausstoß müsste hierfür um 95% reduziert werden. Auch bleiben die Ausbauziele für Erneuerbare Energien (80% bis 2050) hinter dem auch von Umweltminister Röttgen beschworenen Ziel zurück, die Energieversorgung zu 100 Prozent auf Erneuerbare Energien umzustellen.

Die Ziele sind nicht verbindlich - sollen aber alle drei Jahre einem Monitoringprozess unterworfen werden. Eine Zusammenfassung der Ziele und Maßnahmen in einem Klimaschutzgesetz würde erheblich mehr Investitionssicherheit schaffen.

Im Einzelnen legt die Regierung vor allem in Hinblick auf die Gebäudesanierung, den Offshore-Windenergie-Ausbau und den Stromnetzausbau sehr beachtliche Maßnahmenpakete vor. Auch die Initiative für einen Energieeffizienzfonds hat Potential.

Beim beabsichtigten Ausbau der Biomassenutzung könnten erhebliche Konflikte mit der internationalen Ernährungssicherung entstehen. Auch wird nicht die Chance genutzt, angesichts der Laufzeitverlängerung das klare Aus für alte Kohlekraftwerke mit sehr schlechtem Wirkungsgrad sowie einen Stopp von neuen Kohlekraftwerken anzukündigen.

Beim Energieeffizienzpaket wird die Notwendigkeit von ordnungspolitischen Maßnahmen unterschätzt. Der Verkehrsbereich zielt erfreulicherweise auf Energieeffizienz ab, fokussiert ansonsten aber sehr stark auf die Elektromobilität. Die Potentiale eines Ausbaus der Schiene bleiben hingegen völlig ausgeblendet. Beim interessanten Paket zum Ausbau der Stromnetze bleibt insbesondere die Akzeptanzschaffung in der Bevölkerung unterbelichtet.

Insgesamt sind viele der Ankündigungen zu vage, um jetzt schon abschätzen zu können, ob die Maßnahmen geeignet sind, die oben genannten, von der Bundesregierung selbst gesetzten Ziele zu erreichen. Keine Frage: Ein Zeitfenster liegt vor uns, in dem wichtige Weichenstellungen für die kommenden Jahrzehnte bis zu der wichtigen politischen Markierung 2050 vorgenommen werden.

Christoph Bals, Tobias Austrup, Jan Burck, Anne Koch, Brick Medak, Tobias Pforte-von Randow, Manfred Treber

Das vollständige Hintergrundpapier finden Sie unter:

www.germanwatch.org/klima/ek.htm

Stand: 17. September 2010

Die Erstellung dieser Veröffentlichung wurde von der Smart Energy for Europe Platform (SEFEP) gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei Germanwatch.